

An das  
Amt der Steiermärkischen Landesregierung  
Abteilung 13 – Umwelt und Raumordnung  
Stempfergasse 7  
8010 Graz  
per E-Mail: [abt13-bau-raumordnung@stmk.gv.at](mailto:abt13-bau-raumordnung@stmk.gv.at)

Krieglach, 03.06.2026

**Betreff:** Begutachtung – SAPRO-Windenergie – Windheimat GmbH

**GZ:** ABT13-2326/2026-8

## **Grundsätzliche Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf**

Sehr geehrter Damen und Herren!

Die Windheimat GmbH begrüßt grundsätzlich die Überarbeitung und Weiterentwicklung des Sachprogramms Windenergie Steiermark. Das Sachprogramm ist ein wesentliches Instrument, um den Ausbau der Windenergie in der Steiermark raumordnungsfachlich zu steuern, geeignete Standorträume sichtbar zu machen und damit einen Beitrag zur Erreichung der energie- und klimapolitischen Zielsetzungen des Landes Steiermark sowie der Republik Österreich zu leisten.

Positiv hervorzuheben ist insbesondere, dass der Begutachtungsentwurf zusätzliche Flächen für die Windenergienutzung vorsieht und damit anerkennt, dass der weitere Ausbau der Windenergie für Versorgungssicherheit, regionale Wertschöpfung und Klimaschutz erforderlich ist. Aus Sicht der Windheimat GmbH ist es grundsätzlich auch zu begrüßen, dass bisherige Ausschlusszonen teilweise neu bewertet und in Vorrangzonen beziehungsweise Eignungszonen überführt wurden. Dies zeigt, dass frühere Ausschlussgründe nicht zwingend dauerhaft unverändert fortbestehen müssen und eine fachliche Neubewertung von Standorträumen möglich ist.

Gleichzeitig besteht aus Sicht der Windheimat GmbH bei mehreren Punkten noch wesentlicher Klarstellungs- und Verbesserungsbedarf.

## **Transparenz bei Ausschlusszonen und deren Neubewertung**

Aus Sicht der Windheimat GmbH ist es wesentlich, dass für sämtliche Ausschlusszonen der jeweils konkrete Ausschlussgrund offengelegt wird. Nur wenn nachvollziehbar ist, aus welchem fachlichen, rechtlichen, ökologischen, technischen oder raumordnungsfachlichen Grund ein Gebiet ausgeschlossen wurde, können Projektwerber, Betreiber, Gemeinden und Grundeigentümer die Zonierung sachlich prüfen und bewerten.

Dies gilt insbesondere dann, wenn Flächen, die bisher als Ausschlusszonen gegolten haben, nunmehr als Vorrangzonen oder Eignungszonen ausgewiesen werden. In solchen Fällen sollte

transparent dargelegt werden, welcher konkrete Ausschlussgrund ursprünglich bestanden hat, ob dieser Ausschlussgrund heute nicht mehr vorliegt oder ob er aufgrund neuer fachlicher Erkenntnisse anders zu bewerten ist.

Darüber hinaus sollte bereits im Vorfeld künftiger Überarbeitungen des Sachprogramms die Möglichkeit geschaffen werden, bestehende Ausschlussgründe fachlich überprüfen zu lassen. Projektwerbenden, Betreibern, Gemeinden und sonstigen betroffenen Akteuren sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, neue wissenschaftliche Erkenntnisse, aktuelle Fachgutachten, technische Entwicklungen oder geänderte Rahmenbedingungen einzubringen, wenn diese geeignet sind, einen bisherigen Ausschlussgrund zu relativieren, zu entkräften oder neu zu bewerten.

Aus Betreibersicht ist die Möglichkeit, bisherige Ausschlusszonen neu zu bewerten, grundsätzlich positiv. Sie sollte jedoch transparent, nachvollziehbar und nach einheitlichen Kriterien erfolgen. Wenn nachgewiesen werden kann, dass der ursprüngliche Ausschlussgrund in einem konkreten Bereich nicht mehr besteht oder durch technische, ökologische, raumordnungsfachliche oder sonstige Maßnahmen ausreichend berücksichtigt werden kann, sollte auch eine Änderung der Zonierung möglich sein.

Das Land Steiermark sollte daher offen kommunizieren, warum bestimmte bisherige Ausschlusszonen nunmehr anders beurteilt wurden und unter welchen Voraussetzungen auch in anderen Bereichen eine vergleichbare Neubewertung möglich ist. Eine solche transparente Vorgehensweise würde die Nachvollziehbarkeit des Sachprogramms erhöhen, die Akzeptanz der Zonierung stärken und zugleich sicherstellen, dass neue wissenschaftliche Erkenntnisse und technische Entwicklungen angemessen berücksichtigt werden.

### **Kritische Beurteilung des Instruments der Eignungszone**

Kritisch zu beurteilen ist das Instrument der Eignungszone. Eignungszonen schaffen aus Sicht der Windheimat GmbH nur eingeschränkte Planungssicherheit, da für die tatsächliche Projektumsetzung weiterhin die Zustimmung beziehungsweise Mitwirkung der betroffenen Gemeinde erforderlich ist. Damit bleibt trotz positiver landesfachlicher Vorbewertung ein wesentliches Umsetzungsrisiko bestehen.

Eine Eignungszone vermittelt daher aus Betreibersicht keinen ausreichenden raumordnungsrechtlichen Mehrwert, wenn die Realisierung eines Projekts weiterhin maßgeblich von der Zustimmung der Gemeinde abhängt. Im Ergebnis leisten Eignungszonen nur einen begrenzten Beitrag zur Beschleunigung des Windenergieausbaus und zur Erreichung der energiepolitischen Zielsetzungen.

Teilweise kann das Instrument der Eignungszone sogar kontraproduktiv wirken. Dies zeigt sich etwa am Beispiel Kammern. Durch die Veröffentlichung einer Fläche als Eignungszone wird ein Standort zwar landesfachlich als grundsätzlich geeignet dargestellt, gleichzeitig bleibt die tatsächliche Umsetzung aber weiterhin von der Gemeinde abhängig. Dadurch entsteht ein Raum für politische Mobilisierung, Verunsicherung der Bevölkerung und öffentliche Diskussionen, die teilweise auch auf unvollständigen Informationen oder Falschinformationen beruhen können.

Gerade in solchen Fällen wäre aus Sicht der Windheimat GmbH eine klare Linie des Landes erforderlich. Wenn ein Standort nach fachlicher Prüfung durch das Land als besonders geeignet

oder als einer der besten Standorte festgestellt wird, sollte dies auch entsprechend klar kommuniziert und raumordnungsrechtlich konsequent als Vorrangzone abgebildet werden. Die bloße Ausweisung als Eignungszone kann demgegenüber dazu führen, dass ein fachlich hochwertiger Standort trotz positiver landesfachlicher Beurteilung politisch blockiert oder durch öffentliche Verunsicherung erheblich erschwert wird.

Aus Sicht der Windheimat GmbH wäre es daher sachgerechter, fachlich geeignete Standorträume bei Vorliegen der erforderlichen Voraussetzungen konsequent als Vorrangzone auszuweisen. Nur dadurch entsteht jene Planungssicherheit, die für die Entwicklung, Genehmigung und Umsetzung von Windenergieprojekten erforderlich ist.

### **Methodik der Standortauswahl und tatsächliche Umsetzbarkeit**

Aus Sicht der Windheimat GmbH ist im Begutachtungsentwurf nicht ausreichend nachvollziehbar dargestellt, auf welcher konkreten fachlichen Grundlage die Auswahl einzelner Vorrang- und Eignungszonen erfolgt ist. Für Projektwerber und Betreiber ist wesentlich, dass nicht nur abstrakte raumordnungsfachliche Kriterien, sondern auch die tatsächliche Umsetzbarkeit eines Standortes angemessen berücksichtigt werden.

Ein wesentliches Kriterium für die Ausweisung von Vorrang- und Eignungszonen muss aus Sicht der Windheimat GmbH das Winddargebot sein. Windenergieprojekte können nur dort einen wirksamen Beitrag zur Erreichung der energie- und klimapolitischen Zielsetzungen leisten, wo ausreichende und wirtschaftlich nutzbare Windverhältnisse bestehen. Daher sollte transparent nachvollziehbar sein, in welcher Weise das Winddargebot bei der Auswahl und Reihung der Standorte berücksichtigt wurde.

Nach Angaben des Landes soll die Standortbewertung unter anderem auf einem eigenen Windmodell beruhen. Dieses Windmodell ist jedoch für Projektwerber, Betreiber und sonstige betroffene Akteure nicht öffentlich einsehbar. Dadurch ist nicht nachvollziehbar, ob tatsächlich vorrangig jene Standorte ausgewiesen wurden, die über das beste Winddargebot verfügen, oder wie windschwächere Standorte im Verhältnis zu windstärkeren Standorten bewertet wurden.

Die Windheimat GmbH ersucht daher um transparente Aufklärung, wie das Winddargebot im Rahmen der Standortauswahl konkret berücksichtigt wurde. Insbesondere sollte offengelegt werden, ob und in welcher Form eine Reihung der Standorte auf Basis des Winddargebots erfolgt ist. Aus Betreibersicht sollte die Zonierung so ausgestaltet sein, dass zunächst die windstarken Standorte ausgewiesen werden, sofern keine überwiegenden Ausschlussgründe entgegenstehen. Nur so kann sichergestellt werden, dass die begrenzt verfügbaren geeigneten Flächen möglichst effizient zur Erzeugung erneuerbarer Energie genutzt werden.

Teilweise werden im Entwurf Standorträume ausgewiesen, die sich in schwierig zu bebauendem alpinem Gelände befinden und deren praktische Realisierung mit erheblichen technischen, wirtschaftlichen und erschließungstechnischen Herausforderungen verbunden sein kann. Demgegenüber wurden Standorte, die aus Betreibersicht leichter umsetzbar wären, etwa aufgrund vorhandener oder naheliegender Netzinfrastruktur, besserer Erschließbarkeit, günstigerer Topografie, gutem Winddargebot oder bereits weit fortgeschrittener Projektentwicklung, nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt.

Dies ist insbesondere dort kritisch zu sehen, wo geeignete und windstarke Standorte offenbar nicht weiterverfolgt wurden, obwohl wesentliche fachliche Voraussetzungen gegeben wären und die Einschränkungen primär auf ablehnende Haltungen einzelner Gemeinden zurückzuführen sein könnten. Gerade in solchen Fällen sollte transparent dargelegt werden, welche Gewichtung gemeindepolitischen Einwendungen im Verhältnis zu landesweiten energiepolitischen Zielsetzungen, raumordnungsfachlicher Eignung, Winddargebot, Netznähe, Flächenverfügbarkeit und technischer Realisierbarkeit zukommt.

### **Größe und Zuschnitt der Vorrangzonen**

Darüber hinaus wurde aus Sicht der Windheimat GmbH im Vorfeld kommuniziert beziehungsweise erwartet, dass künftig größere und zusammenhängendere Zonen ausgewiesen werden sollen, um eine flexible, moderne und wirtschaftlich sinnvolle Windparkplanung zu ermöglichen. Im nunmehrigen Begutachtungsentwurf finden sich jedoch wiederum mehrere vergleichsweise kleine Vorrangzonen.

Kleine Vorrangzonen schränken die Projektentwicklung erheblich ein. Dies betrifft insbesondere moderne Anlagentypen mit größeren Rotordurchmessern, notwendige Abstände, Zuwegung, Kranstellflächen, ökologische Optimierungen, Schall- und Schattenwurfplanung sowie die energiewirtschaftlich sinnvolle Dimensionierung eines Windparks. Gerade in alpinen Lagen ist eine ausreichende räumliche Flexibilität wesentlich, weil Anlagenstandorte durch Topografie, Windverhältnisse, Erschließung, Eigentumsverhältnisse, Schutzgüter, Netzanbindung und weitere Rahmenbedingungen gleichzeitig eingeschränkt werden.

Aus Betreibersicht sollte die Zonierung daher stärker auf größere, zusammenhängende und tatsächlich umsetzbare Standorträume ausgerichtet werden. Nur dadurch kann die notwendige Flexibilität geschaffen werden, um Projekte im Zuge der Detailplanung an technische, ökologische, topografische, eigentumsrechtliche und netztechnische Rahmenbedingungen anzupassen.

### **Bedeutung der Grundeigentümergebilligung**

Wesentlich ist in diesem Zusammenhang auch die Zustimmung beziehungsweise grundsätzliche Bereitschaft der Grundeigentümer. Die tatsächliche Verfügbarkeit der erforderlichen Grundstücke ist eine zentrale Voraussetzung für die Realisierung eines Windenergieprojektes und sollte daher im Rahmen der Standortauswahl ausdrücklich gewürdigt werden.

Dabei sollte insbesondere positiv berücksichtigt werden, wenn wesentliche Grundeigentümer einem Projekt zustimmen oder Betreiber entsprechende Nachweise über die Flächenverfügbarkeit beziehungsweise die grundsätzliche Bereitschaft maßgeblicher Grundeigentümer vorlegen können. Solche Nachweise sind ein wesentliches Indiz dafür, dass ein Standort nicht nur theoretisch geeignet, sondern auch tatsächlich realisierbar ist.

Gleichzeitig sollte die ablehnende Haltung einzelner Grundeigentümer nicht automatisch dazu führen, dass ein ansonsten geeigneter Standort nicht berücksichtigt wird. Entscheidend sollte vielmehr sein, ob ein Projekt unter Berücksichtigung der konkreten Eigentumsverhältnisse insgesamt realistisch umgesetzt werden kann. Wenn Betreiber nachvollziehbar darlegen können,

dass trotz einzelner ablehnender Grundeigentümer eine sinnvolle Projektentwicklung möglich ist, sollte dies bei der Standortauswahl entsprechend berücksichtigt werden.

Es erscheint daher nicht zweckmäßig, Standorte auszuweisen, bei denen maßgebliche Grundeigentümer einer Projektentwicklung kritisch oder ablehnend gegenüberstehen, während andere von Projektwerbern eingebrachte Standorte mit gesicherter oder weitgehend gesicherter Grundeigentümerzustimmung und grundsätzlich gegebenen fachlichen Voraussetzungen nicht berücksichtigt werden.

Die Windheimat GmbH hat Standorte eingebracht, bei denen aus Betreibersicht wesentliche Voraussetzungen für eine erfolgreiche Projektumsetzung gegeben wären, insbesondere hinsichtlich Flächenverfügbarkeit, Projektierbarkeit, Windpotenzial, Infrastruktur und Netzanbindung. Wenn solche Standorte nicht berücksichtigt werden, während andere Flächen mit erheblichen Umsetzungsrisiken ausgewiesen werden, sollte dies fachlich nachvollziehbar begründet werden.

## **Anregung**

Die Windheimat GmbH regt daher an, die Methodik der Standortauswahl und der Änderung bisheriger Ausschlusszonen ergänzend offenzulegen und stärker an der tatsächlichen Realisierbarkeit von Windenergieprojekten auszurichten. Dabei sollte insbesondere transparent dargestellt werden, welche wissenschaftlichen Erkenntnisse, Fachgutachten, technischen Entwicklungen und geänderten Rahmenbedingungen in die Überarbeitung des Sachprogramms eingeflossen sind und wie diese bei der Neubewertung einzelner Standorte, Ausschlusszonen, Vorrangzonen und Eignungszonen berücksichtigt wurden.

Insbesondere sollten folgende Kriterien transparent berücksichtigt und nachvollziehbar offengelegt werden:

- ursprünglicher Ausschlussgrund und fachliche Begründung für dessen Wegfall oder Neubewertung,
- wissenschaftliche Erkenntnisse, Fachgutachten, technische Entwicklungen oder geänderte Rahmenbedingungen, die in die Bewertung eingeflossen sind,
- nachvollziehbare Darstellung, wie diese Erkenntnisse bei der Standortauswahl und Zonierung gewichtet wurden,
- Möglichkeit zur Einbringung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse, Fachgutachten, technischer Entwicklungen oder geänderter Rahmenbedingungen bereits im Vorfeld künftiger Überarbeitungen des Sachprogramms,
- Winddargebot und nachvollziehbare Reihung der Standorte nach windenergetischer Eignung,
- transparente Offenlegung beziehungsweise nachvollziehbare Erläuterung des vom Land herangezogenen Windmodells,
- technische und topografische Umsetzbarkeit,
- vorhandene oder realistisch herstellbare Erschließung,
- Nähe und Verfügbarkeit geeigneter Netzinfrastruktur,
- ausreichende Zonengröße für moderne Windenergieanlagen,
- Zustimmung beziehungsweise realistische Einbindbarkeit der Grundeigentümer,
- Stand der Projektentwicklung,

- Verhältnis zwischen gemeindepolitischen Einwendungen und übergeordneten energiepolitischen Zielsetzungen,
- klare Ausweisung fachlich besonders geeigneter Standorte konsequent als Vorrangzone statt lediglich als Eignungszone.

Ziel sollte eine Zonierung sein, die nicht nur theoretisch geeignete Flächen ausweist, sondern tatsächlich realisierbare Windenergieprojekte ermöglicht. Das Sachprogramm Windenergie ist dafür grundsätzlich ein geeignetes und wichtiges Instrument. Damit es seine Wirkung bestmöglich entfalten kann, sollte es jedoch konsequent auf transparente Kriterien, nachvollziehbar einbezogene wissenschaftliche Erkenntnisse, ausreichend große Vorrangzonen, windstarke Standorte und praktisch umsetzbare Standorträume ausgerichtet werden.

Mit freundlichen Grüßen,

  
**WIND HEIMAT**  
 Windheimat GmbH  
 Lastenstraße 26  
 A-8670 Krieglach  
 office@windheimat.at  
 FN 330044i